

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Die Weichen für Europa müssen gestellt werden

FBP-Klausurtagung zum Thema Aussenpolitik – Positionsbezug für unser Land notwendig

«Hat der Staatsmann an die nächste Wahl zu denken oder an die nächste Generation? Ist Politik Verwaltung des Bestehenden oder Gestaltung der Zukunft?» Mit diesen Worten eröffnete FBP-Präsident Emanuel Vogt die FBP-Klausurtagung zum Thema Aussenpolitik, in deren Mittelpunkt die Europäische Integrationspolitik und der UNO-Beitritt unseres Landes standen. Am Schluss der gutbesuchten Veranstaltung kristallisierte sich die Erkenntnis heraus, dass die Weichen für Europa jetzt gestellt werden müssen.

Die FBP hat in der Vergangenheit für die aussenpolitischen Bereiche die Richtung vorgegeben und die Öffnung unseres Landes gegen aussen vorbereitet. Auch jetzt, obwohl nicht die für die Aussenpolitik verantwortliche Partei, setzt die FBP Akzente in der UNO-Frage und in bezug auf die Integrationspolitik in Europa mit Blick auf die geplante Verwirklichung des Binnenmarktes bis 1992. Die FBP-Klausurtagung, in deren Verlaufe Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille und alt Regierungschef Dr. Gerard Batliner die Grundlagen für eine weitergehende Diskussion in aussenpolitischen Fragen erarbeiteten, soll der Beginn einer Weichenstellung für die eminent wichtigen Probleme der Zukunft für unsere Aussenpolitik sein.

### Verhältnis zur EFTA und EG

Als erster Referent definierte Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille die derzeitige liechtensteinische Situation gegenüber der EFTA und EG, indem er auf den Abschluss der Vertragsverhältnisse in einer Rückschau einging und die liechtensteinische Einbindung in diese zwei europäischen Wirtschaftsblöcke über den Zollvertragspartner Schweiz erläuterte. In diesem Zusammenhang wurde deutlich, dass der Zollvertrag Schweiz - Liechtenstein, der 1923 abgeschlossen wurde, den heutigen Anforderungen nicht mehr genügt und - auch nach Auffassung der Schweiz - revidiert und angepasst werden sollte. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille machte auch deutlich, dass die Zukunft für unser Land, egal ob es zu einem Beitritt zur EG komme oder lediglich zu einer verstärkten Annäherung gemäss den heutigen Vorstellungen der Schweiz,

sich verändern würde. Massgebende Elemente sind nach seiner Ansicht die Bewahrung der Eigenstaatlichkeit und staatspolitische wie wirtschaftspolitische Komponenten, die jedoch ein verstärktes Europa-Bewusstsein erforderlich machen.

### Ein gleichberechtigter Partner

Dr. Gerard Batliner, der sich im In- und Ausland einen hervorragenden Namen als Aussenpolitiker geschaffen hat, stellte die Fragen der europäischen Integration in einen geschichtlichen Zusammenhang und entwickelte Strategien und Szenarien für die nächsten Jahre. Nach seiner Auffassung muss Liechtenstein Konzepte entwickeln, bevor die Schweiz ihre Entscheidung über die Annäherung oder den Beitritt zur EG endgültig getroffen hat. Schon bei der Ausarbeitung des

Währungsvertrages habe die Regierung versprochen, eine Revision des Zollvertrages mit der Schweiz vorzunehmen - doch sei in der Zwischenzeit überhaupt nichts geschehen. Dr. Gerard Batliner unterstrich bei seinen Ausführungen über die Revision des Zollvertrages, dass kein Weg an der Schweiz vorbei nach Europa gesucht werde, sondern allein das bewährte Vertragswerk mit der Schweiz den geänderten Umständen angepasst werden müsse. Zum Schluss entwickelte Dr. Gerard Batliner in seinem Referat Instrumentarien für eine künftige Aussenpolitik, die gut in allen Kreisen abgestimmt werden müsse. Unter anderem regte er die Bestellung eines Delegierten für Integrationsfragen sowie eine Ständige Vertretung in Brüssel an und forderte dazu auf, die Aussenpolitik so zu führen, dass ersichtlich werde, dass Liechtenstein ein eigenständiger Staat sei. (G.M.)



FBP-Klausurtagung über Aussenpolitik im Bildungshaus Stein-Egerta in Schaan. Im Vordergrund der sehr gut besuchten Veranstaltung David Vogt, Dr. Gregor Steger und William Hoop. (Bild: Brigitt Risch)

## Führt das Gastgewerbe die 5-Tage-Woche ein?

Gastgewerbliche Betriebe haben Probleme mit dem Personal – Verhandlungen mit LANV

Im Gastgewerbe wird voraussichtlich ab 1. Januar 1989 für das Personal generell die 5-Tage-Woche gelten. An ihrer Jahresversammlung haben die Mitglieder des Gastgewerbeverbandes dem Vorstand mehrheitlich den Auftrag erteilt, diesbezügliche Verhandlungen mit dem Liechtensteinischen Arbeitnehmerverband (LANV) aufzunehmen. In der Schweiz, nach deren Bestimmungen sich das einheimische Gastgewerbe in der Regel richtet, ist die 5-Tage-Woche bereits eingeführt worden.

Mangel an Personal für die verschiedenen Sparten des Gastgewerbes, Probleme bei der Erlangung zusätzlicher Bewilligungen für ausländische Arbeitnehmer und Umstrukturierungen im Hinblick auf die Einführung der 5-Tage-Woche kennzeichnen derzeit die Situation des Gastgewerbes. Dennoch wurde an der Jahresversammlung des Gastgewerbeverbandes dem Antrag des Vorstandes stattgegeben, in Verhandlungen mit dem LANV über Arbeitszeitverkürzungen und die Einführung der 5-Tage-Woche zu treten.

### Umstellung im Gastgewerbe

Für Wirte scheint es seit geraumer Zeit nicht einfach zu sein, qualifiziertes Personal - vor allem für den Service - zu finden. Die Situation könnte sich mit der Einführung der 5-Tage-Woche noch verschärfen, weil die Arbeitgeber nun Anspruch auf zwei Tage Ruhezeit pro Woche erheben können, die zudem in der Regel aufeinanderfolgend sein sollen. Das Personal verlange, so war in der Diskussion zu vernehmen, oft die Freitage am Wochenende, was mehr und mehr geschlossene Restaurants an den Samstagen und Sonntagen nach sich ziehe.

### Lockerung bei den Saisonstellen

Wie Wirtepräsident Werner Thöny erklärte, konnte in Verhandlungen mit der Regierung eine Lockerung der Saisonbestimmungen erreicht werden, indem die Sommersaison für Saisonarbeitskräfte um einen auf neun Monate verlängert wurde. Ausserdem wird den Gastbetrieben beim Austritt einer ganzjährig beschäftigten Arbeitskraft eine Ersatzbewilligung erteilt, auch wenn die Höchstzahl für die entsprechende Herkunftsnation bereits überschritten ist. Günther Matt, Leiter der Fremdenpolizei, konnte im weiteren über die Einführung einer neuen Kategorie von Bewilligungen (6 Monate) berichten und auf die Möglichkeit von Kurzaufenthalten (12 Monate) hinweisen. (G.M.)

### Suche nach neuen Ideen

Teilweise steht das Gastgewerbe in unserem Land im Widerstreit von restriktiver Bewilligungspraxis für ausländische Arbeitnehmer und der Forderung nach Erhöhung der touristischen Attraktivität. Regierungsrat René Ritter erklärte in diesem Zusammenhang, mit der Erarbeitung eines touristischen Leitbildes für unser Land werde nach neuen Ideen gesucht, um vom quantitativen zum qualitativen Tourismus zu gelangen. Die Umstrukturierung bedingt allerdings auch die Bereitstellung entsprechender Hotelkapazitäten, was angesichts der eher schwachen durchschnittlichen Auslastung nicht unbedingt eine leichte Aufgabe darstellt. (G.M.)



Jahresversammlung des Gastgewerbeverbandes im Hotel «Dux» in Schaan. In der Bildmitte Präsident Werner Thöny. An der Versammlung wurde über die Einführung der 5-Tage-Woche im Gastgewerbe diskutiert. Wahrscheinlich wird sie auf den 1. Januar 1989 eingeführt. (Bild: Brigitt Risch)

## Kohl stellt Minister vor

Bonn (AP) - Bundeskanzler Helmut Kohl hat den Berliner Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten, Rupert Scholz (CDU), am Dienstag in Bonn offiziell als neuen Bundesverteidigungsminister vorgestellt. Der 50jährige Scholz wird Nachfolger von Manfred Wörner (CDU), der am 19. Mai mit einem Grossen Zapfenstreich auf der Hardhöhe verabschiedet und am 1. Juli als NATO-Generalsekretär nach Brüssel wechseln wird.

Kohl sagte vor Journalisten, Scholz habe sich seit langem mit Fragen der Deutschland, der Aussen- und der Sicherheitspolitik befasst. «Ich schätze Rupert Scholz sehr als einen ausgezeichneten Sachkenner», sagte der Kanzler. Er verfüge über einen «klaren Blick für politische Notwendigkeiten und über ein beachtliches administratives Geschick.

## Zürcher Polizei gegen offene Drogenszene

Vermehrte Präsenz und Kontrollen in der Platzspitzanlage

Zürich (AP) Mit einer stärkeren Präsenz und vermehrten Kontrollen will die Zürcher Stadtpolizei die Attraktivität des Drogenumschlagplatzes in der Platzspitzanlage beim Hauptbahnhof vermindern. Seit Frühlingsbeginn habe die Polizei «eine massive Zunahme der offenen Drogenszene» festgestellt, sagte der Chef des städtischen Betäubungsmittel-Kommissariats, Bernhard Waser, am Dienstag vor der Presse.

Der Zürcher Stadtpolizei macht vor allem die Sogwirkung der Zürcher Drogenszene zu schaffen, wie Waser erklärte. So ist unter den kontrollierten Betäubungsmittelkonsumenten ein steigender Anteil von ausserkantonalen Personen zu verzeichnen. Zürich habe heute in der Platzspitzanlage eine offene Drogenszene wie sie in keiner Stadt in einem der Nachbarländer der Schweiz zu finden sei.

Mit den vermehrten Kontrollen soll einerseits die Eintrittsschwelle für neu zu der Szene stossende Personen erhöht werden, andererseits soll den Kleinhändlern das Geschäft erschwert werden. Es gehe aber nicht um eine Vertreibung der Szene aus der Platzspitzanlage, präzisierte Waser. Vorgesehen ist konkret eine fast dauernde Präsenz uniformierter und ziviler Beamter an den von Drogenkonsumenten bevorzugten Plätzen. «Die Szene muss wissen: Die Polizei ist immer da!», sagte Waser. Mit den vermehrten Kontrollen soll sowohl der Handel mit weichen Drogen (Haschisch) wie auch derjenige mit harten Drogen (vor allem Heroin und Kokain) erfasst werden.

Waser sprach sich zudem entschieden gegen eine Liberalisierung des Betäubungsmittelgesetzes oder eine Hilfe an die offene Drogenszene - etwa in Form eines Fixerraums - aus.

## Hoher Kapitalexpert

Zürich (AP) Die Anziehungskraft der Schweiz als Drehscheibe für Kapitalmarktgeschäfte ist ungebrochen. Wie die Schweizerische Nationalbank (SNB) am Dienstag mitteilte, erreichte der bewilligungspflichtige Kapitalexpert im ersten Quartal dieses Jahres mit 16,8 Milliarden Franken einen neuen Rekordstand.

Gegenüber dem Vorjahresquartal ergab sich eine Zunahme um 47 Prozent. Das Volumen der Anleihen lag um 48 Prozent über dem Vorjahresergebnis, jenes der Kredite stieg um 40 Prozent. Die nach dem Börsenkrach beobachtete Verschiebung von den Anleihen zu den Krediten bildete sich im Berichtsquartal wieder auf die übliche Verteilung zurück, wie die Nationalbank im Vorabdruck zum Monatsbericht April weiter schreibt. Der Anteil der Kredite betrug noch 18 Prozent, verglichen mit 35 Prozent im letzten Quartal 1987.

## Organisation zur KKW-Kontrolle

Moskau (AP) In der Sowjetunion ist zwei Jahre nach der Katastrophe von Tschernobyl eine Organisation ins Leben gerufen worden, die sich mit Reparatur, Modernisierung und Stilllegung alter Atomreaktoren sowie allgemein mit Krisenmanagement im Atombereich befassen soll. Die amtliche Nachrichtenagentur TASS meldete am Montag, die Organisation mit dem Namen «Spezatom» werde ihre Zentrale in der fünf Kilometer von Tschernobyl entfernt gelegenen Stadt Prippjat haben. «Spezatom» werde die Stilllegung von 20 veralteten Atomreaktoren übernehmen. Als erstes werde die 210 000 Kilowatt-Anlage von Nowoworonesch in Zentralrussland eingemottet. Dieser Reaktor wurde Anfang der 60er Jahre gebaut.

## US-Wirtschaftswachstum

Washington/Zürich (AP) Das Wirtschaftswachstum in den USA hat sich in den ersten drei Monaten dieses Jahres erwartungsgemäss abgeschwächt. Das Wirtschaftsministerium teilte am Dienstag in Washington mit, das Bruttosozialprodukt sei im ersten Quartal nach vorläufigen Berechnungen um 2,3 Prozent gestiegen. Die US-Wirtschaft war im vierten Quartal letzten Jahres noch um 4,8 Prozent und im dritten Quartal um 4,3 Prozent gewachsen. An den Devisenmärkten lösten die neuen Zahlen kaum Reaktionen aus.

Nach offiziellen Angaben sind im ersten Vierteljahr sowohl die privaten Konsumausgaben (plus 3,8 Prozent) als auch die Unternehmensinvestitionen deutlich gestiegen. Der Zuwachs bei den Investitionen war mit 32,5 Prozent der höchste seit Ende 1983. Ausserdem habe sich eine leichte Verringerung des Aussenhandelsdefizits positiv ausgewirkt, hiess es im Wirtschaftsministerium. Diese Gewinne seien aber zum Teil durch einen Rückgang der Staatsausgaben und andere Entwicklungen aufgehoben worden. Die Inflationsrate schwächte sich entgegen jüngsten Befürchtungen im ersten Quartal von 2,7 auf 2,4 Prozent ab.

**DENNER-Satellit**  
Ihr privater Detaillist mit echten Discountpreisen

Schaan-Vaduz

**Frische Erdbeeren**

Brachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.

**LEICHTER MEHR LEISTEN**

**MODERN OFFICE**

Modern im Design  
im FL-9494  
Tel. 075